

Brüsseler Spitze.

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

Das Ende der Raute-Ära

VON ALESSANDRO PEDUTO

- Union debattiert über Konsequenzen aus dem schwachen Wahlergebnis
- Spitzen von CDU und CSU beraten in der kommenden Woche
- Parteiinterne Kritik an CSU-Chef Horst Seehofer

Der zurückliegende Wahlsonntag hat der Republik einen lauten Knall beschert. Die Schallwellen haben vor allem den bisherigen Regierungspartnern CDU, CSU und SPD einen stechenden Schmerz zugefügt. Alle drei mussten historische Tiefschläge hinnehmen. Haushohe Gewinne wurden die AfD. Für die GroKoalitionäre der vergangenen vier Jahre kann das nicht ohne Folgen bleiben. Die SPD verkündet den Gang in die Opposition. Die CSU erklärt, sich stärker um die „rechte Flanke“ des politischen Spektrums kümmern zu wollen. Und die CDU?

Deren Vorsitzende, Kanzlerin Angela Merkel, betont nüchtern, sie wolle mit guter Politik versuchen, AfD-Wähler zurückzugewinnen. Sie nennt etwa Flüchtlings- und Integrationspolitik, die ärztliche Personennahverkehr auf dem Lande. Es klingt fast wie eine Themenliste, die es abzuarbeiten gilt. Danach Häkchen dran, erledigt. Merkel argumentiert wie eine Verwaltungsbeamtin. Dabei wäre der aufgewühlte Zustand der Republik ein Fall für den Sozialpädagogen.

Wie selten zuvor haben Emotionen diesen Wahlkampf bestimmt – Wut, Neid, Angst, Enttäuschung, ja, Hass. Die AfD wusste die Gefühlslage vieler Menschen für sich zu nutzen. Merkel und die Union finden dagegen auch weiterhin keinen überzeugenden Weg, damit umzugehen. Gewiss, Merkels Politik ist Auslöserin vieler dieser Gefühle, sie selbst ist die Reizfigur der Unzufriedenen. Dennoch ist seit dem vergangenen Wahlsonntag klar, dass sich die bisherige Strategie der Kanzlerin, die Hände entspannt zur Raute zu formen und einfach weiterzuarbeiten wie bisher, erschöpft hat. Dabei hat diese Art der Politik lange und gut funktioniert.

Über Jahre war Merkel die beliebteste Politikerin Deutschlands. Sie galt den Bürgern als fleißig und verlässlich. Aufkommende unbequeme

Debatten saß sie zwar aus, doch es kümmerte kaum jemanden. Bei der Wahl 2013 verfehlte die Union mit Merkel sogar nur knapp die absolute Mehrheit. Die CDU-Chefin war unangefochten, die Menschen vertrauten ihr. Bis zur Flüchtlingskrise 2015. Plötzlich kamen Hunderttausende Menschen aus anderen Kulturen und mit anderer Religion ins Land. Vieles änderte sich, es gab massiven Redebedarf. Doch Merkel

Merkel kann sich in dieser polarisierten Gesellschaft nicht länger der Debatte entziehen. Es ist Zeit, Stellung zu beziehen.

diskutierte nicht. Stattdessen verordnete sie dem Land ihr, „Wir schaffen das“ und setzte darauf, dass sich die Dinge von allein geben. Taten sie aber nicht. Stattdessen staute sich Wut an, die in politischen Protest mündete. Und wo der sich entladen hat, ist seit letztem Sonntag bekannt.

Bei Merkel und der Union sollten nach dieser Wahl die Alarmglocken schellen. Die Kanzlerin kann sich in dieser polarisierten Gesellschaft nicht länger der Debatte entziehen. Die Ära der „Raute“ ist vorbei. Es ist die Zeit gekommen, Stellung zu beziehen. Deutschland ist emotional in Aufruhr und sucht Antworten. Ein besserer öffentlicher Nahverkehr und mehr Hilfen für Bauern dürften nicht reichen, um die Republik dauerhaft zu befriedigen.

alessandro.peduto@freiepresse.de

„Es liegt noch ein aufrührbarer Sud auf den Seelen von Ostlern“

Der Wittenberger Theologe Schorlemmer warnt vor der AfD und sucht nach Erklärungen für das Wahlverhalten

CHEMNITZ – Friedrich Schorlemmer, ehemaliger Bürgerrechtler in der DDR und Pfarrer in der Lutherstadt Wittenberg, war am Mittwochabend in der Villa Esche zu Gast, um eines seiner Luther-Bücher vorzustellen. Dabei nahm er aber auch kein Blatt vor den Mund, als es um das Ergebnis der Bundestagswahl ging. Mit den Ostdeutschen ging er hart ins Gericht. Mit ihm sprach Stephan Lorenz.

Freie Presse: Was sagen Sie zum Ausgang der Bundestagswahl?

Friedrich Schorlemmer: Worst case! Obwohl ich dies Ergebnis ahnte, bin ich geschockt. In Chemnitz sah ich eben „Mut zu Deutschland“ plakatiert. Da frage ich mich, was die AfD untergründig damit meint. Mir wird angst und bange, wenn ich vom Spitzenpersonal höre, wir sollten wieder Mut dazu haben, stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in beiden Weltkriegen zu sein. Mir läuft es eiskalt den Rücken herunter. Was soll der Slogan „Hol dir dein Land zurück“? Wer hat es uns genommen, oder wer will es uns entreißen?

Die Menschen sind offenbar enttäuscht, oder nicht?

Ja, das kann ich verstehen. Ich kann auch nachvollziehen, dass Menschen das Gefühl haben, es passiere ja nichts oder nicht das, was sie wollen und brauchen. Die Meinung jedes Einzelnen bleibt wichtig. Wir müssen viele Meinungen hören und bündeln, Entscheidungen treffen, Mehrheiten akzeptieren. Maßstab für alles Tun und Lassen ist und bleibt unser Grundgesetz.

Sind die Ostdeutschen, die AfD gewählt haben, tatsächlich undankbar, wie Sie kurz nach der Wahl öffentlich gesagt haben?

Ich meinte damit Folgendes: Wenn wir die DDR noch hätten und die Bundesrepublik nicht dazugekommen wäre, dann würde die Rentnerin immer noch unter Bedingungen leben, die wir alle nicht als würdig ansehen. Auch die ökologische Katastrophe in der DDR ist mehr oder weniger überwunden. Ich weiß, wovon ich rede: In Halle oder Bitterfeld kann man jetzt wie in anderen Städten auch saubere Luft atmen. Junge Menschen können sich heute frei entfalten und etwa im Erasmus-Programm in ganz Europa studieren. Verglichen mit den Bedingungen in anderen Teilen des ehemaligen Ostblocks, geht es uns Deutschen gut. Wir haben Glück gehabt, auch wenn längst nicht alle sozialen Verwerfungen überwunden sind. Viele sehen offenbar nicht, was wir schon alles geleistet haben im Osten. Das meine ich mit Undankbarkeit.

Aber viele sind ja doch irgendwie nicht zufrieden.

Ohnmachtsgefühle machen sich breit. Es wird demagogisch mit dem Wort „Alternative“ gespielt. Wenn man den Eindruck hat, es sei etwas falsch gelaufen, ob im Alltäglichen oder in der Politik, sähe man gern eine Alternative. Dabei tut die AfD aber so, als sei sie die einzige Alternative. Bei der Hälfte der AfD-Wähler in Sachsen vermute ich eine



Der Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer macht sich Gedanken über die Menschen im Osten Deutschlands, die in so großer Anzahl AfD gewählt haben.

FOTO: JAN WOITAS/DPA/ARCHIV

Grundunzufriedenheit, Enttäuschung, Wut und Neid auf andere, verbunden mit neonationalistischer Aggressivität. Aber sie alle werden vor den Karren einer neonazistischen Partei gespannt. Ich halte es für politische Unreife, eine solche Partei mit ihrem gruseligen Spitzenpersonal zu wählen. Richtig zugleich ist, dass viele Politiker nicht wirklich wissen, was im Land los ist, was Leute umtreibt, welche Ängste berechtigt, welche eingebildet, welche bewusst geschürt sind.

Zum Beispiel?

Von der langen Zeit der Trennung liegt noch ein aufrührbarer Sud auf den Seelen von Ostlern – als Demütigung, als Vernachlässigung, als Kränkung. Das lässt sich nicht kurzfristig lösen. Das sitzt zu tief.

Im Osten keimt der Nationalismus besonders?

Als am 4. Oktober 1989 die DDR-Flüchtlinge aus Prag und Ungarn mit dem Zug durch Plauen fuhren, erlebte ich Hunderte hochgereckte Männerfäuste, verbunden mit dem Gebrüll „Deutschland, Deutschland“. Schon damals bekam ich ein ungutes Gefühl. Zum Ende der DDR gab es diesen deutschnationalen Schub, der – abgesehen von Hoyerswerda oder Lichtenhagen – von der Aufbaubegeisterung der Menschen übertröffen wurde.

Viele sagen, nach 27 Jahren Wende muss auch mal Schluss sein mit der Dankbarkeit. Der Vergleich mit alten DDR-Zeiten verblasst doch immer mehr.

Es ist längst nicht alles gleich in Ost und West, klar. Aber die Ursachen für die AfD-Erfolge sind vielschich-

tig, bis hin zu einer unterbliebenen Selbstauseinandersetzung mit der NS-Zeit. Widerstand beschränkte sich auf Meckern und lustloses Mitmachen. Gründe, AfD zu wählen, sehe ich vor allem in tiefsitzender Ausländerfeindlichkeit mit der Angst, Fremde würden uns alles wegnehmen. Einzelne Erfahrungen mit Flüchtlingen, die kriminell wurden, werden zu Unrecht pauschalisiert. Ich denke mit Hochachtung daran, dass Angela Merkel 2015 in einer Notsituation für Abertausende Menschen gesagt hat: „Wir schaffen das!“ Das bleibt für uns alle eine große Herausforderung, ehe es zur erlebten Bereicherung führt.

Viele halten Merkels Satz für ihren größten politischen Fehler.

Da hat eine Politikerin ihr Herz sprechen lassen. Sie hat sich, theologisch gesprochen, ihrer erbarmt. Ja, das werfen ihr viele vor. Aber mit denen, die kein Erbarmen kennen, möchte ich nichts zu tun haben – Hass könnte sich bei mir einnisten. Und ich freue mich für vieles konkretes „Willkommen“.

Sie sind immer noch Sozialdemokrat. Was sagen Sie zum Zustand Ihrer Partei?

Auch die SPD hat die Quittung bekommen für die Ausländerpolitik, für die sie in der Großen Koalition mitverantwortlich war. Das Wahlergebnis ist für die SPD eine Katastrophe. Ich finde es richtig, dass sie jetzt klar sagt: Unser Platz ist in der Opposition. Demokratie funktioniert nur, wenn es eine stabile Regierungsmehrheit und eine große, fähige Opposition gibt. Die SPD musste die Zehne zahlen für all das, was in der Ko-

alition schiefgelaufen war. Die unbestreitbaren Erfolge der SPD-Ministerinnen wie Nahles, Hendricks und Schwesig wurden schließlich der Regierungschefin zugerechnet. Ungelöstes blieb an der SPD haften. Das finde ich ungerecht.

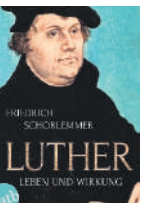
Was kann man von Luther für die heutige Politik lernen?

Martin Luther hatte recht: Ich beginne mein neues Lutherbuch mit dem Satz: „Wer mit Dreck rummelt, er gewinne oder verliere, so geht er doch immer beschissen davon.“ Jeder möge stets bedenken, mit wem er sich gemein macht und mit wem nicht.

Friedrich Schorlemmer

Der Theologe, Publizist und Bürgerrechtler war einer der prominentesten Protagonisten der Opposition in der DDR. 1989 wurde er SPD-Mitglied. Der 73-Jährige war unter anderem Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Prediger an der Schlosskirche in der Lutherstadt Wittenberg. 2009 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Schorlemmer gehört zu den profiliertesten Kennern Martin Luthers. In seinem neuen Buch skizziert der Theologe den faszinierenden, sinnenfrohen Menschen in all seinen Facetten. (slo)

BUCHTIPP Friedrich Schorlemmer: „Luther. Leben und Wirkung.“ Aufbau-Taschenbuch 380 Seiten, Preis: 12,99 Euro, ISBN: 9783746632810



IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen Verlag: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261 Telefon: 0371 6560 Telefax Redaktion: 0371 656-17084 Telefax Anzeigen: 0371 656-17077 Internet: www.freiepresse.de E-Mail: die.tagesszeitung@freiepresse.de Geschäftsführer: Ulrich Lingnau Chefredakteur: Torsten Kleditzsch (verantwortlich für den redaktionellen Teil) Stellvertretende Chefredakteure: Udo Lindner, Jana Klameth Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich Anzeigenleitung: Gesamt: Tobias Schniggenfittig (verantwortlich für den Anzeigenteil) National: Alexander Arnold Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 29,90 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 37,90 €, jeweils einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.

Trump will mit großer Steuerreform punkten

Vor allem Unternehmen, Erben und Spitzenverdiener sollen von Abgabensenkungen profitieren

INDIANAPOLIS – Nach dem Debakel mit seiner Gesundheitsreform will US-Präsident Donald Trump nun mit einer großen Steuerreform punkten. Trump kündigte sein Vorhaben in einer Rede in Indianapolis als „den größten Steuererlass in der Geschichte unseres Landes“ an. Geplant sind unter anderem eine drastische Senkung der Unternehmenssteuer sowie eine Reduzierung des Spitzensatzes bei der Einkommenssteuer. Die „größten Gewinner“ würden aber die Beschäftigten der Mittelschicht sein, verkündete Trump.

Sie sollten davon profitieren, dass infolge der Steuerleichterungen für Unternehmen Jobs entstünden.

Die Körperschaftssteuer soll von derzeit 35 Prozent auf 20 Prozent sinken – und damit unter den Schnitt der Industriestaaten, der bei 22,5 Prozent liegt. Trump hatte ursprünglich sogar einen Satz von 15 Prozent angekündigt, was der Höhe der Steuer in Deutschland entspräche. Allerdings hielten seine republikanischen Partner im Kongress dies nicht für realistisch.

Das Einkommenssteuersystem

soll drastisch vereinfacht werden, indem die bisher sieben Steuersätze auf drei reduziert und zahlreiche Abschreibungsmöglichkeiten gestrichen werden. Die Steuersätze sollen bei 12, 25 und 35 Prozent liegen. Damit soll der Spitzensteuersatz von derzeit 39,6 Prozent deutlich sinken, während der bisherige Eingangssatz von 10 Prozent steigt. Die Erbschaftssteuer soll komplett gestrichen werden. Zur Entlastung von Geringverdienern sieht das Konzept vor, den Grundfreibetrag zu verdoppeln. Auch der

Kinderfreibetrag soll erhöht werden.

Trump's Plan stieß auf heftige Kritik. Er diene vor allem „den wohlhabendsten Leuten in Amerika“, sagte der Chef der oppositionellen Demokraten im Senat, Chuck Schumer. Nach einer Schätzung des unabhängigen Komitees für eine verantwortliche Haushaltsführung dürften die Steuersenkungen den Staat über ein Jahrzehnt hinweg 2,2 Billionen Dollar kosten. Ob Trump im Senat die nötige Mehrheit für den Plan zusammenbekommt, ist offen. (afp/fp)